

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

10.03.2023

Inhalt

EWN

1 Der Ostseekrimi Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 10.03.2023	3
2 Pipeline-Sabotage: Die Suche nach Puzzleteilen geht weiter Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 10.03.2023	6
3 Schwesig weist Rücktrittsforderung von CDU-Chef Merz zurück <i>dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern, 09.03.2023</i>	8
4 Vor Punktlandung bei Abschaltung <i>Ludwigsburger Kreiszeitung Stadtausgabe, 10.03.2023</i>	9

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 10.03.2023 | S. 2

 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

 Jan Sternberg und Matthias Schwarzer, Andreas Meyer

STORY DES TAGES

Der Ostseekrimi

Die Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines sollen von Mecklenburg-Vorpommern aus gestartet worden sein. Zwei Tage nach den Enthüllungen kommen immer neue Details ans Licht - eine Spurensuche

Es ist kalt an diesem März morgen im Yachthafen Hohe Düne. Und leer. Der Rostocker Ortsteil liegt zwischen der Ostsee und dem Hafen gegenüber von Warnemünde. „Kommen Sie in fünf, sechs Wochen wieder - dann ist hier alles voll“, ruft ein Mann, der mit seinem Motorboot gerade zum Angeln auf der Ostsee aufbrechen will. Vielleicht 20 Boote befinden sich derzeit im Hafen im Winterschlaf. Im Sommer sieht das anders aus. Dann liegen hier die Yachten und Motorboote dicht an dicht. Ideal, um nicht aufzufallen.

Vermutlich haben sich die fünf Männer und die Ärztin den Ankerplatz Hohe Düne genau deshalb ausgesucht. Der Anschlag auf die einstige deutsche Energielebensader soll hier begonnen haben. Das Sabotagekommando - die „New York Times“ beruft sich auf US-Geheimdienstkreise und bezeichnet die Gruppe als „proukrainisch“ - soll im Hafen um die 500 Kilo Sprengstoff und ihre Ausrüstung für die Tauchgänge zu den gut 80 Meter unter der Meeresoberfläche verlegten Nord-Stream-Röhren verladen haben.

Ist das überhaupt möglich? Ja, meint ein Skipper, der an diesem Morgen auf seinem Boot nach dem Rechten schaut. „Wenn hier ein Lieferwagen am Steg hält und Leute was auf ihr Boot tragen - da stellt keiner Fragen“, sagt er.

Die „Andromeda“ ist 15,57 Meter lang, sie hat 2,25 Meter Tiefgang. Neben Groß- und Vorsegel besitzt die Yacht vom Typ „Bavaria Cruiser 50“ einen 75-PS-Volvo-Dieselmotor. Sie ist ausgestattet mit Radar, Funk, Autopilot, Bugstrahlruder. Zehn Kojen gibt es Bord. Theoretisch gäbe es ausreichend Platz, um auch Taucherausrüstung und Sprengstoff zu verstauen. In Hohe Düne liegt ein Segelboot, das dem sehr ähnlich kommt. Jetzt in der Nebensaison wäre die Yacht für 2400 Euro pro Woche zu mieten, im Sommer kostet sie mehr als 3000 Euro wöchentlich. Weitere Auskünfte -

etwa ob die Gruppe in bar bezahlt hat, wie die Kunden auf ihn wirkten - gibt der Schiffseigner nicht. „Unser Anwalt hat uns davon abgeraten, solange die Ermittlungen andauern.“

Verdächtige Schiffsanmietung

Offenbar bereits vor zwei Monaten hatten deutsche Behörden das Schiff ausfindig gemacht. Vom 18. bis 20. Januar fand eine Durchsuchung im Zusammenhang mit „einer verdächtigen Schiffsanmietung“ statt, bestätigt der Generalbundesanwalt. Die oberste deutsche Ermittlungsbehörde betont aber auch: „Ein Tatverdacht gegen Mitarbeiter des deutschen Unternehmens, welches das Schiff vermietet habe, bestehe nicht.“

Den Namen „Andromeda“ bestätigen mehrere mit der Materie vertraute Personen. Auch der „Spiegel“ und Rechercheure von „Bellingcat“ erwähnen den Namen. Auf einer Liste aller Schiffe, die am 6. September in Rostock lagen oder von Rostock ausgelaufen sind und die der „Ostsee-Zeitung“ (OZ) vorliegt, steht er allerdings nicht. Experten sagen aber, das habe nichts zu bedeuten: Kleinere Schiffe sind nicht verpflichtet, das automatische Identifikationssystem AIS an Bord zu haben - oder einzuschalten. Sicher ist bisher nur: Die Gruppe charterte das Schiff von einer Firma auf der Insel Rügen. Das bestätigte einer der Geschäftsführer.

Die Saboteure sollen am 6. September 2022 in Hohe Düne gestartet sein. Eine andere Nachricht hat sich bereits als falsch entpuppt: Die Gruppe war nie in Wieck am Darß, wie zunächst berichtet - sondern in Wieck auf Rügen. Das bestätigt der dortige Hafenmeister. „Vor ein paar Wochen hat sich das Bundeskriminalamt bei uns gemeldet und wollte alle unsere Erkenntnisse und Informationen zu einem bestimmten Schiff und einem bestimmten Zeitpunkt“, sagt er. Mehr nicht. „Wir ste-

hen nicht im Fokus der Ermittlungen. Für uns ist das damit erledigt.“

Zwischen dem 16. und dem 18. September soll das Rostocker Segelboot dann in den dänischen Hafen Christiansø eingelaufen sein. Christiansø ist eine kleine Insel nordöstlich von Bornholm und der nächstgelegene Hafen zu dem Punkt auf See, wo die beiden Stränge von Nord Stream 1 zerstört wurden. Bereits im Januar forderten die Behörden dort Anwohner via Facebook auf, sich zu melden, wenn sie Fotos vom Hafen und dem Schiff gemacht haben. Zeitgleich - am 18. Januar - untersuchten dänische Fahnder den Liegegebührautomaten auf der Insel, schreibt die dänische Tageszeitung „Ekstra Bladet“.

BKA kontaktierte Charterfirmen

Nicht nur das Unternehmen auf Rügen, sondern auch andere Charterfirmen - unter anderen in Rostock - wurden offenbar vom Bundeskriminalamt (BKA) kontaktiert. Gleich mehrere Segelunternehmer aus der Hansestadt bestätigten der OZ, ebenfalls von den Ermittlern befragt worden zu sein. Weitere Nachfragen werden abgeblockt. Einer der Unternehmer formuliert es so: „Ich sage zu all dem nichts, rede nur mit dem BKA.“

Eine Frage drängt sich auf: Kann die Sprengung von drei der vier Nord-Stream-Röhren tatsächlich von einem derart kleinen Kommando von sechs Personen auf einer knapp 16 Meter langen Jacht ausgeführt worden sein? Viele Experten haben genau daran ihre Zweifel. „Für einen derartigen Anschlag ist eine Menge Spezialwissen über Tauchen und Sprengstoff erforderlich“, sagt Fregattenkapitän Göran Swistek, Experte für Maritime Sicherheit bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, dem „Tagesspiegel“. „Darüber verfügen in Deutschland - und ebenso vermutlich in anderen Ländern - nur wenige Leute. Und diese gehören den Sicherheitskräften an.“

Gab es Hintermänner?

Ist also der Bavaria Cruiser 50 nur ein Hilfsschiff gewesen, das unauffällig genug war, um Sprengstoff und Personen ins Operationsgebiet zu bringen, wo dann andere Kommandos auf größeren Schiffen übernommen haben? Möglich ist vieles, über die Hintermänner kann auch hier nur spekuliert werden.

Es gibt aber einen Mann, der überzeugt ist, dass auch das kleine Kommando auf der Rostocker Jacht imstande sein könnte, den schwersten Angriff auf unterseeische Infrastruktur auszuführen. Achim Schlöffel ist Extremtaucher aus München und hat als erster Mensch den Ärmelkanal durchtaucht. Er hat selbst

Unterwasserangriffe durchgeführt. Allerdings ganz legal als Auftragsarbeit, um Sicherheitslücken aufzudecken. Schlöffel sagt dem RND: „Erfahrene Taucherinnen und Taucher wären dazu in der Lage. Und insbesondere solche, die regelmäßig Wracktauchen gehen - für die wäre ein Tauchgang zur Pipeline gar kein Problem.“ Gerade um Bornholm herum lägen viele Wracks auf etwa 80 Metern Tiefe - also etwa in derselben Entfernung wie die Pipeline. „Die werden regelmäßig betaucht. Jeder gut ausgebildete technische Taucher kommt dahin. Theoretisch lässt sich der Tauchgang samt Unterbringung des Sprengstoffs innerhalb von 40 Minuten erledigen“, meint der 51-Jährige.

Eine Sauerstoffverbindung zur Jacht sei nicht mehr nötig. Schlöffel geht davon aus, dass mit einem sogenannten Rebreather, einem Kreislaufatmungsgerät, gearbeitet wurde. „Dabei haben die Taucher keine Flaschen mehr, bei denen der Sauerstoff irgendwann leer ist. Bei diesen Geräten wird die Atemluft wieder ins Gerät zurückgeführt, chemisch aufbereitet, das CO₂ wird rausgefiltert. Und dann können sie mit einem vergleichsweise kleinen Gerät mit wenigen Flaschen sehr tief und sehr lang tauchen.“ 10 000 Euro kosten diese Systeme, die Ausbildung noch einmal 5000 Euro. „Es ist aber keineswegs unmöglich, an diese Geräte zu kommen.“

Der Sprengstoff könnte an einer Bojenleine befestigt worden sein. Auch beim Auftauchen schießen die Taucher eine Markierungsboje an die Wasseroberfläche, um von der Jacht wieder aufgesammelt zu werden. Dann bräuchte sie nicht über der Stelle zu kreuzen und damit Aufmerksamkeit auf sich lenken.

In Moskau hält man die Berichte über eine private Kommandogruppe ohne staatliche Hintermänner für unglaubwürdig. „Was den proukrainischen ‚Doktor Evil‘ betrifft, der das alles organisiert haben soll, so ist das schwer zu glauben“, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Donnerstag. Solch eine Aufgabe könnten nur wenige Geheimdienste bewerkstelligen. Peskow erneuerte seine Vorwürfe gegenüber den „Angelsachsen“, also den USA und Großbritannien. „Sie sehen, dass die Angelsachsen, über die wir von Anfang an geredet haben, geschäftig werden. Sie haben viele Unannehmlichkeiten in den Beziehungen mit den Deutschen wegen des Terroranschlags, das ist offensichtlich“, sagte der Vertraute von Russlands Präsident Wladimir Putin.

Auch Außenminister Sergej Lawrow zog die Theorie in Zweifel. Es sei „peinlich“, dass die „unter Kontrolle stehenden westlichen Medien“ versuchten, die Schuld von eigenen Geheimdiensten auf einen ukrainischen Oligarchen abzuwälzen.

Politische Turbulenzen

Am Freitagmittag tagt im Bundestag das Parlamentarische Kontrollgremium für die Nachrichtendienste, wie immer geheim in einem abhörsicheren Raum. Die Abgeordneten fordern Aufklärung. „Leider leistet die bisherige Informationspolitik und das intransparente Vorgehen der Bundesregierung Spekulationen in allen Richtungen Vorschub“, beklagte der stellvertretende Vorsitzende des Gremiums, Roderich Kiesewetter (CDU), dem Portal „T-Online“. Und SPD-Gremiumsmitglied Ralf Stegner twitterte über „politische Turbulenzen, die sich gewaschen haben dürften. Terrorismus mit Staatshilfe? Wer wusste wann was?“ Stegner, der jeden Tag einen Musiktipp für den „digitalen Orbit“ aussucht, wählte am Donnerstag den

Rock'n'Roll-Titel „Sea Cruise“, was mit „Segeltörn“ übersetzt werden kann. Von Sänger Johnny Rivers gibt es auch einen anderen Song mit dem ebenso passenden Titel „Secret Agent Man“, Geheimagent.

Wer am Freitag den Abgeordneten Rede und Antwort stehen soll, darf keins der Gremiumsmitglieder sagen. Bundesnachrichtendienst-Chef Bruno Kahl, Generalbundesanwalt Peter Frank und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) stünden auf der Wunschliste. Wie viel sie sagen dürfen, bleibt ebenso unklar. Denn die deutschen Ermittler wurden ja erst mit viermonatiger Verspätung im Januar tätig, nachdem sie Hinweise ausländischer Dienste erhielten. Und diese Hinweise dürfen nicht weiter geteilt werden, auch nicht mit den Volksvertreterinnen und Volksvertretern.

📰 Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard | 10.03.2023 | S. 7

📄 Auflage: 10.145 | Reichweite: 34.374

👤 Christopher Hirsch und André Ballin, Anne-Béatrice Clasmann

Pipeline-Sabotage: Die Suche nach Puzzleteilen geht weiter

Berichte und neue Ermittlungsdetails zum Angriff auf die Nord-Stream-Gaspipelines sorgen für viele Fragezeichen und weitere Spekulationen. Unterdessen gibt es neue Anhaltspunkte an der Ostseeküste

Moskau/Berlin/Wiek. Im Fall des Angriffs auf die Nord-Stream-Gaspipelines geht die Puzzlearbeit der Ermittler nach Bekanntwerden neuer Details im Verborgenen weiter. Das Bundeskriminalamt (BKA) wollte sich gestern auf Anfrage nicht zu Angaben eines Hafenbetreibers auf der Insel Rügen äußern, wonach Ermittler seine Kollegen im Januar zu Schiffsankünften im September vergangenen Jahres befragt haben sollen – möglicherweise im Zusammenhang mit dem Sabotageakt.

Heute will sich das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestags in einer Sondersitzung mit den Nord-Stream-Ermittlungen befassen – wie üblich tagen die Mitglieder geheim. Dem Vernehmen nach wurden die Mitglieder bislang nicht offiziell über Erkenntnisse der Bundesanwaltschaft zu einer Jacht informiert, die möglicherweise für den Sprengstoffanschlag im vergangenen September gemietet worden war.

Ende September war es zu Explosionen unter Wasser gekommen. Beide Stränge der Pipeline Nord Stream 1 und ein Strang von Nord Stream 2 schlugen leck. Die Ostsee-Gaspipelines verlaufen von Russland nach Deutschland. Ermittlern zufolge handelt es sich um einen Sabotageakt. ARD, SWR und die „Zeit“ berichteten nun, dass eine aus sechs Personen bestehende Gruppierung eine Jacht angemietet und wohl darauf den Sprengstoff zu den Pipelines in der Ostsee befördert habe. Zwei der Personen hätten ukrainische Pässe. Eine Verbindung zu staatlichen Stellen lasse sich aber nicht herstellen.

Ursprüngliche Angaben wurden korrigiert

Einer der Betreiber des Jachthafens in Wiek auf der Ostsee-Insel Rügen, René Redmann, sagte gestern, Ermittler des BKA hätten seine Kollegen zu Schiffsankünften im September befragt. Ein BKA-Sprecher sagte auf Anfrage, das BKA äußere sich grundsätzlich

nicht zu Ermittlungsverfahren, und verwies an den Generalbundesanwalt.

ARD, SWR und „Zeit“ hatten berichtet, dass das Kommando den Ermittlungen zufolge von Rostock aus in See gestochen sein soll. Eine ursprüngliche Angabe, wonach sie einen Aufenthalt in Wieck (Darß) gemacht habe, wurde mittlerweile korrigiert. Tatsächlich habe es sich um Wiek auf Rügen gehandelt.

Ebenfalls im Januar hatte die Bundesanwaltschaft bei ihren Ermittlungen ein verdächtiges Schiff durchsuchen lassen. Es bestehe der Verdacht, dass es zum Transport von Sprengsätzen verwendet worden sein könnte, die am 26. September 2022 an den Pipelines explodiert waren, hatte eine Sprecherin der Karlsruher Behörde am Mittwoch auf Anfrage mitgeteilt. Die Auswertung der sichergestellten Spuren und Gegenstände dauere an.

Ein Tauchexperte sagte der Deutschen Presseagentur, er halte einen derartigen Anschlag auch von einer Segeljacht aus für machbar, sofern es sich um Profis handele.

Kreml verweist auf Briten und Amerikaner


Der Kreml nannte unterdessen Berichte über eine angeblich private pro-ukrainische Gruppierung hinter den Anschlägen auf die Gaspipelines unglaubwürdig. „Was den pro-ukrainischen ‚Doktor Evil‘ betrifft, der das alles organisiert haben soll, so ist das schwer zu glauben“, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow der Nachrichtenagentur Interfax zufolge. Solch eine Aufgabe könnten nur wenige Geheimdienste bewerkstelligen.

Peskow erneuerte seine Vorwürfe gegenüber den USA und Großbritannien. „Sie sehen, dass die Angelsachsen, über die wir von Anfang an geredet haben, geschäftig werden. Sie haben viele Unannehmlichkeiten in den Beziehungen mit den Deutschen wegen des

Terroranschlags, das ist offensichtlich“, sagte der Vertraute von Präsident Wladimir Putin.

Auch Außenminister Sergej Lawrow zog die Theorie in Zweifel. Es sei „peinlich“, dass die „unter Kontrolle stehenden westlichen Medien“ versuchten, die Schuld von eigenen Geheimdiensten auf einen ukrainischen Oligarchen abzuwälzen.

Putin hatte bereits kurz nach dem Anschlag die „Angelsachsen“ – also Briten und Amerikaner – verantwortlich gemacht. Russland, dessen Beziehungen zum Westen vor allem wegen des Kriegs gegen die Ukraine tief zerrüttet sind, gilt jedoch selbst als möglicher Verdächtiger.

 dpa-Landesdienst Mecklenburg-Vorpommern | 09.03.2023

Schwesig weist Rücktrittsforderung von CDU-Chef Merz zurück

Schwerin (dpa/mv) - Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat die Rücktrittsforderung von CDU-Chef Friedrich Merz gegen sie als «durchschaubaren Versuch, von der eigenen Verantwortung abzulenken», bezeichnet. Für alles Handeln rund um die umstrittene Klimastiftung Mecklenburg-Vorpommern gebe es Landtagsbeschlüsse. «Die CDU war sowohl in der Landesregierung, als auch im Landtag und auch aktuell noch im Vorstand beteiligt an den Entscheidungen für Nord Stream 2, für die Stiftung», sagte Schwesig am späten Donnerstagabend in Schwerin.

Im Wissen darum hätten die Bürger bei der Landtagswahl im Herbst 2021 ihre Wahl getroffen. «Und sie haben sich ganz klar entschieden, wer Ministerpräsidentin in diesem wunderschönen Bundesland sein kann. Die CDU ist genau für diesen Politikstil abgestraft worden. Ich kann verstehen, dass es schmerzt», sagte Schwesig. Sie rief dazu auf, zur Sacharbeit zurück-

zukehren. So zeige die Bewältigung des Zustroms von Flüchtlingen, dass es viel zu tun gebe im Land.

Schwesigs Rücktritt sei seit Monaten überfällig. «Was da passiert ist, ist ein unfassbarer Vorgang, bei dem aber alle Details nur schrittweise an die Öffentlichkeit kommen», hatte Merz der «Westfalenpost» (Donnerstag) gesagt. Jede Veröffentlichung mache die Sache nur schlimmer, denn Entlastendes sei nicht dabei. «Dass diese Stiftung immer noch besteht und dass der Amtsvorgänger (Erwin) Sellering nun einen offenen Clinch mit Frau Schwesig beginnt, zeigt doch, wie es dort auf SPD-Seite völlig aus dem Ruder läuft», erklärte Merz.

Die Klimastiftung MV steht in der Kritik, weil sie den Fertigbau der russisch-deutschen Gaspipeline Nord Stream 2 unterstützt hat. Der Bau der Pipeline wurde abgeschlossen, doch ging sie wegen der russischen Aggression gegen die Ukraine nicht in Betrieb.

📰 Ludwigsburger Kreiszeitung Stadtausgabe | 10.03.2023 | S. 10

📄 Auflage: 13.825 | Reichweite: 41.769

👤 Von Steffen Pross

ATOMKRAFTWERK NECKARWESTHEIM

Vor Punktlandung bei Abschaltung

Betreiberin EnBW peilt eine Punktlandung an: Zwölf Jahre und einen Monat nach der Atomkatastrophe von Fukushima soll das AKW Neckarwestheim die Stromproduktion zum politisch vorgegebenen Datum am 15. April endgültig einstellen. Die Rückbaugenehmigung für den bis dahin noch aktiven Block GKN II soll schon vorher am Konzernsitz in Karlsruhe eintreffen.

11. März 2011: Nach einem Tsunami kommt es im japanischen Atomkraftwerk Fukushima zu einer Unfallserie und der Kernschmelze in drei Reaktorblöcken. Drei Tage später verkündet die schwarzgelbe Bundesregierung unter Angela Merkel – die erst drei Monate zuvor den rotgrünen Atomausstieg gekippt hat – das sogenannte Atommoratorium: Die sieben ältesten deutschen Reaktoren, darunter Block I in Neckarwestheim, sollen sofort für zunächst drei Monate vom Netz gehen. Am 16. März wird GKN I abgefahren. Wie sich bald zeigen wird: für immer.

Fast genau zwölf Jahre später soll, als einer der drei letzten deutschen Meiler, jetzt auch GKN II folgen – wegen der von Putins Terrorkrieg in der Ukraine ausgelösten Energiekrise dreieinhalb Monate später als jahrelang geplant. Nach einer vorübergehenden Abschaltung an Silvester und einer Neukonfigurierung des Reaktorkerns mit teilabgebrannten Brennelementen war der Druckwasserreaktor am 19. Januar mit einer Restkapazität von 1,7 Terawattstunden in den von Bundeskanzler Olaf Scholz verordneten Streckbetrieb gestartet. Unmittelbar vor dem Fukushima-Jahrestag äußert sich die EnBW „optimistisch, dass wir bis einschließlich 15. April mit GKN II Strom produzieren können und dass wir die prognostizierten rund 1,7 Milliarden Kilowattstunden auch tatsächlich erreichen“. Das wäre trotz abnehmender Leistung eine Ziellandung zum vom „Machtwort“ des Kanzlers vorgegebenen Enddatum für die energetische Nutzung der Kernspaltung in Deutschland.

Brennstäbe kommen rasch ins Becken

Noch vor der Abschaltung erwartet die EnBW-Nuklearsparte EnKK die für den anschließenden Rückbau des Meilers erforderliche Stilllegungs- und Abbau-

genehmigung durch das baden-württembergische Umweltministerium. Die werde tatsächlich „noch vor dem 15. April erteilt werden können“, heißt es dort: „Aktuell befindet sich der Genehmigungsentwurf in der Mitzeichnung und Endabstimmung.“ De jure könnten die ersten Rückbauschritte also sehr rasch erfolgen – bei GKN I vergingen von der Abschaltung des Reaktors im März 2011 bis zum Beginn des tatsächlichen Rückbaus noch sechs Jahre.

Diesmal will die EnKK die letzten 193 Brennelemente „direkt in den Wochen nach der Abschaltung der Anlage“ vom Reaktorkern ins benachbarte Abklingbecken überführen. Danach könnten eigentlich die Vorbereitungen für die Dekontamination des – radioaktiven – Primärkreislaufs beginnen. Ob diese aber tatsächlich „zeitnah“ nach der Überführung der Brennstäbe anlaufen können, ist derzeit noch ungewiss. Denn der Start dieser Arbeiten war ursprünglich für das erste Quartal dieses Jahres geplant – in dem GKN II nun noch Strom erzeugt. Die nötigen Schritte seien jedoch „mit dem erforderlichen Spezialdienstleister bereits mit längerem zeitlichen Vorlauf so vereinbart worden – damals allerdings noch unter der Randbedingung, dass GKN II am 31. Dezember 2022 abgeschaltet wird“, erläutert die EnKK auf Anfrage.

Verzögerung von bis zu einem Jahr?

Dass sich der Rückbau von Block II wahrscheinlich um mehr als die dreieinhalb Monate Laufzeitverlängerung verzögern würde, hatte EnKK-Chef Jörg Michels schon im Dezember vorausgesagt. Das scheint sich jetzt zu bewahrheiten: Die Umplanung der Dekontamination „und weiterer Maßnahmen stellt einen Großteil der Mehraufwands dar, der durch die verlängerte Stromproduktion entstanden ist“, heißt es aus Karls-

ruhe. Von der „finalen Terminierung der Dekontamination des Primärkreises“ hingen auch „die weiteren, darauf folgenden Maßnahmen ab, so dass wir derzeit nicht sagen können, über welche Verzögerungen beim Rückbau wir – über die 3,5 Monate hinaus – sprechen“.

Im Dezember rechnete Michels mit einem möglichen Aufschub zwischen mehreren Monaten und einem Jahr. Die ursprünglich ebenfalls noch für 2023 geplanten Außerbetriebnahmen erster Einzelsysteme drohen sich jedenfalls bereits ins nächste Jahr zu verschieben. Auch hier müssten Zeitfenster mit teils hoch spezialisierten Fremdfirmen neu terminiert und gegebenenfalls auch neu verhandelt werden, so Michels im Dezember.

Damals hatte der EnKK-Chef auch die Befürchtung geäußert, dass sich die Mehrkosten, die seinem Konzern durch die Verzögerung entstehen, auf einen dreistelligen Millionenbetrag aufsummieren könnten. Konkretisieren will Karlsruhe diese Prognose vorerst nicht: Eine solche Rechnung könne man „aus mehreren Gründen heute noch gar nicht durchführen“.

Nukleares Erbe bleibt noch Jahrzehnte

Mittelfristig will der Konzern die anfänglichen Verspätungen aber wieder aufholen. Man hoffe, dass die „Prognose für die Gesamtdauer des Rückbaus von zehn bis 15 Jahren gehalten werden kann“. Bis dahin sollten die Arbeiten so weit fortgeschritten sein, dass das dann ehemalige AKW Neckarwestheim in der zweiten Hälfte der 2030er Jahre aus der atomrechtlichen Überwachung entlassen werden kann. Dazu müssten alle radioaktiven Abfälle in Zwischen- oder Endlager gebracht und damit in die Zuständigkeit der Bundesgesellschaften BGZ und BGE übergeben worden sein: die hochradioaktiven Brennstäbe ins Gemrigheimer Standort-Zwischenlager, alle schwach- und mittelaktiven Abfälle zunächst ins sogenannte Abfall-Zwischenlager als Teil der Rückbau-Infrastruktur. Für Letztere soll ab 2027 der Schacht Konrad bei Salzgitter als Endlager zur Verfügung stehen. Angesichts der völlig offenen Endlager-Suche für hochradioaktiven Atommüll ist aber unabsehbar, ob Neckarwestheim sein nukleares Erbe noch in diesem Jahrhundert loswird.